



Vorschlag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: A 22/0035-01

Status: öffentlich

Datum: 11.01.2022

Schwerpunktkontrollen für mehr Verkehrssicherheit

Vorschlag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge:

Gremium:

BSO

Datum:

20.01.2022

Status:

Ö

Zuständigkeit:

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU schlagen die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Schwerpunktkontrollen für mehr Verkehrssicherheit“ vor.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu Schwerpunktkontrollen zur Überprüfung von Verkehrsverstößen im ruhenden sowie im fließenden Verkehr zu erarbeiten und vorzulegen. Das mehrtägige Konzept soll das Verhalten aller VerkehrsteilnehmerInnen in den Blick nehmen und im Rahmen einer partnerschaftlichen Kooperation, in Absprache und unter Einbeziehung der örtlichen Polizei umgesetzt werden.

Beachtet werden soll hierbei insbesondere:

- Stark genutzte Radwege und Hauptverkehrsachsen des Radwegenetzes von verbotener Beparkung freizuhalten
- Sichteinschränkendes Parken bzw. Halten an Straßenübergängen und Straßenkreuzungen, Geschwindigkeitsverstöße sowie die Nutzung von Mobiltelefonen im Straßenverkehr im Umfeld von Schulen, KiTas, Krankenhäusern, Altenheimen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung zu verhindern und/oder zu ahnden.
- Verbotenes Befahren von Fußgängerzonen sowie Teilen des Leinpfads durch Radfahrende sowie E-Scooter Fahrende zu verhindern und/oder zu ahnden.
- Verkehrsbehinderungen durch unzulässiges Nebeneinanderfahren von Radfahrern zu ahnden.
- Weiterhin soll diese Aktion generell dazu dienen, ein respektvolles Miteinander von Autofahrenden, FußgängerInnen und Radfahrenden zu fördern und bei der Ahndung der Verstöße explizit auf die davon ausgehenden Gefahren zu sensibilisieren.

Eine begleitende Öffentlichkeitskampagne auf den verfügbaren Social-Media-Kanälen ist vorzubereiten und umzusetzen. Des Weiteren soll über den Fahrradbeauftragten Helmut Voss geprüft werden, ob die AGFS Mittel zur Verfügung stellen kann um eine begleitende Banner- und Plakatkampagne zu mehr Verkehrssicherheit von Radfahrenden und Fußgängerinnen umzusetzen.

Nach Abschluss und Auswertung der erfolgten Kampagne wird dem Ausschuss berichtet.

Sachverhalt:

Mit großem finanziellem Aufwand aus Bund, Land und Kommune wurde in Mülheim Verkehrsinfrastruktur für den Fuß- und Radverkehr geschaffen. Diese Verkehrsinfrastruktur soll ebenso wie das erweiterte Straßennetz für die Mülheimer Bürgerinnen und Bürger sicher benutzbar sein. Im Rahmen einer gezielten Kampagne sollen die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer für eine regelkonforme Nutzung der Verkehrsinfrastruktur sensibilisiert werden. Das Vorgehen gegen entsprechende Verkehrsverstöße und die begleitende Aufklärungskampagne soll die Verkehrssicherheit erhöhen und das Unfallrisiko insbesondere schwächerer Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer senken.

Christina Küsters
CDU-Fraktionsvorsitzende

Tim Giesbert
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

Max Oesterwind
Ausschusssprecher
CDU-Fraktion

Niels Rose
Ausschusssprecher
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen